

21. Januar 2025
1 von 1

Vorlage Nr. 101.19.1346

Einrichtung von Schulstraßen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Einrichtung von Schulstraßen im Bereich von auszuwählenden Grundschulen zu pilotieren. Das heißt konkret, dass eine Straße bzw. ein Straßenabschnitt im Umfeld des Eingangsbereichs einer Schule temporär für den Individualverkehr gesperrt wird. Die Sperrung erfolgt in einem angemessenen Zeitraum vor dem Unterrichtsbeginn und nach Schulschluss. Das Konzept der Schulstraßen soll ergänzt werden durch die Einrichtung sogenannter Elternhaltestellen im Umfeld des Schulgeländes. Diese gesondert ausgewiesenen Haltezonen dienen zu gefahrlosem Ein- und Aussteigen der Schulkinder.

Begründung:

Der Anteil der Kinder, die nicht selbständig oder begleitet zur Schule gehen, sondern von Eltern mit dem PKW gebracht werden, ist in den letzten Jahren permanent angestiegen. Die Häufung der Elterntaxis ist vor vielen Schulen ein unübersehbares Problem und eine immense Gefahr für die Schulkinder. Um das Risiko von Unfällen auf dem Schulweg zu minimieren, ist die Einrichtung von temporären Schulstraßen eine adäquate Maßnahme.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dieter Seidel

gez. Anke Bergmann
Fraktionsvorsitzende